

Infoletter der Nationalratsabgeordneten
Mag^a Christine Muttonen
03/2017



P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L

Liebe FreundInnen!

Am 1. und 2. März ist der Nationalrat wieder zu Sitzungen zusammengekommen. Beide Plenartage wurden überschattet von der Trauer über den Tod Sabine Oberhausers, die vor einer Woche an Krebs gestorben ist. Im Gedenken an die verstorbene Gesundheits- und Frauenministerin, die auch lange Nationalratsabgeordnete der SPÖ war, hielt der Nationalrat eine Trauerminute zu Beginn der Sitzung ab. Auch in der Versammlung des SPÖ-Parlamentsklubs davor haben wir unserer hochgeschätzten und beliebten Kollegin, Freundin und Mitstreiterin gedacht.

Themen, die wir an den beiden Tagen behandelt haben, waren unter anderem die Beschäftigungsaktion 20.000, mit der speziell für ältere ArbeitnehmerInnen neue Jobs geschaffen werden sollen, sowie der Jugend-, der Rechnungshof- und der Sozialbericht. Anlässlich des außen- und europapolitischen Berichts habe ich gemeinsam mit weiteren Abgeordneten einen Antrag eingebracht, der den Außenminister auffordert, sich auf internationaler Ebene stärker für den Schutz medizinischer Einrichtungen in Kriegsgebieten einzusetzen.

Auch von meiner Arbeit als Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE gibt es wieder etwas zu berichten. In der vergangenen Woche ist die Versammlung in Wien zu ihrer jährlichen Wintertagung zusammengekommen. Einen Bericht und Links zu weiteren Informationen findet ihr [hier](#).

Selbstverständlich gilt auch dieses Mal: um Weiterleitung an alle Interessierten wird gebeten!!

Christine



Top-Themen

Beschäftigungsaktion 20.000: Neue Jobs für ältere Arbeitssuchende

Arbeitssuchende, die älter als 50 sind, haben es besonders schwer, einen Job zu finden. Mit der Beschäftigungsaktion 20.000 und dem Abbau von Einstellungshemmnissen bekommen ältere Arbeitslose neue Chancen. Ziel ist, die **Arbeitslosigkeit in dieser Altersgruppe** zu halbieren.



In einem ersten Schritt wurden jetzt im Nationalrat **Einstellungshemmnisse abgebaut**. Unternehmen haben häufig ältere Arbeitssuchende aufgrund von Sonderbestimmungen im Kündigungsrecht nicht angestellt. Der **Kündigungsschutz** für ältere ArbeitnehmerInnen wurde nun an den allgemeinen

Kündigungsschutz **angeglichen**. Diese Änderung gilt nur für Arbeitssuchende über 50, die einen neuen Job beginnen. Für alle anderen, also **für über 50-Jährige in einem bestehenden Arbeitsverhältnis, ändert sich nichts**.

Gleichzeitig wurde fixiert, dass Mittel für die Beschäftigungsaktion 20.000 freigegeben werden sollen. Mit zusätzlichen 200 Mio. Euro sollen **jährlich 20.000 Jobs für über 50-Jährige** geschaffen werden, die länger als ein Jahr auf Arbeitssuche sind. In Gemeinden, über gemeinnützige Trägervereine oder in Unternehmen werden Stellen geschaffen und gefördert.

Die Aktion startet im Juli 2017 mit **Pilotprojekten in neun Bezirken** Österreichs (je ein Bezirk pro Bundesland). Die Mittel werden auf zwei Jahre befristet zur Verfügung gestellt. Läuft das Projekt erfolgreich, könnte sich diese Summe verdoppeln.

Alle Beschlüsse & Berichte

NR-Sitzung vom 1. März 2017

Außenpolitischer Bericht ([1479 d.B.](#))

Die Herausforderung der Flüchtlings- und Migrationskrise für Österreich und die EU ist ein Schwerpunkt des außenpolitischen Berichts für 2015. Österreich hat sich in der EU für eine Ursachenbekämpfung unter anderem in Syrien und Libyen, Sicherheit und humanitäre Unterstützung für Flüchtlinge vor Ort, verstärkten Schutz der EU-Außengrenze, eine enge Kooperation entlang der Westbalkan-Transitroute und eine einheitliche EU-Asylregelung eingesetzt. Der Bericht hebt außerdem die Rolle Österreichs als Vermittler und Ort des Dialogs hervor. So konnten etwa im Jahr 2015 nach jahrelangem Streit in Wien die Iran-Atomverhandlungen erfolgreich beendet werden. Weiters fanden in Wien im Jahr 2015 mehrere Runden der Syrien-Gespräche statt.

Türkei: Nationalrat fordert Freilassung von Deniz Yücel

Scharfe Kritik am Umgang der Türkei mit Pressefreiheit und unabhängigen JournalistInnen übte der Nationalrat in einem Entschließungsantrag. Jüngster trauriger Fall ist die Verhaftung des Türkei-Korrespondenten der deut-

schen Tageszeitung "Die Welt", Deniz Yücel, der wegen Verdachts auf "Terrorpropaganda" auf unbestimmte Zeit in Untersuchungshaft ist. Die Menschenrechtslage in der Türkei hat sich seit dem Putschversuch noch verschärft und gibt Anlass zu großer Sorge, heißt es in dem Entschließungsantrag. Von der Bundesregierung fordert der Nationalrat, "mit Nachdruck auf die Freilassung inhaftierter Journalisten und Journalistinnen wie Deniz Yücel sowie die Wiederherstellung einer pluralistischen Medienlandschaft in der Türkei zu drängen".

Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Neuseeland [\(1480 d.B.\)](#)

Der Nationalrat stimmte einem umfangreichen Abkommen zwischen der Europäischen Union und Neuseeland zu. Es soll die Beziehungen in den Bereichen Politik, Sicherheit, Handel und Investitionen vertiefen. Neuseeland ist für die EU ein wichtiger Partner im pazifischen Raum. Für Neuseeland ist die EU wiederum ein wichtiger Handelspartner und Auslandsinvestor. Österreich exportierte im Jahr 2015 Waren im Wert von rund 114 Mio. € nach Neuseeland.

Partnerschaftsabkommen mit Kasachstan [\(1481 d.B.\)](#)

Kasachstan ist das erste zentralasiatische Land, das ein erweitertes Partnerschafts- und Kooperationsabkommen mit der EU geschlossen hat. Dies entspricht auch der strategischen Bedeutung, die Kasachstan für die EU u.a. als Wirtschaftspartner und Energielieferant hat. Das Abkommen zielt auf die Einrichtung einer verstärkten Partnerschaft und Zusammenarbeit ab, die aus Sicht der EU zu politischen, rechtsstaatlichen und wirtschaftlichen Reformen in Kasachstan sowie zur Modernisierung und zum Wohlstand des Landes beitragen soll. Für Österreich ist Kasachstan der wichtigste Markt- und Wirtschaftspartner in Zentralasien. Die österreichischen Exporte in das Land betragen 2015 rund 220 Mio. Euro.

Jugendbericht [\(1472 d.B.\)](#)

Der über 400 Seiten starke Jugendbericht des Familienministeriums stellt Studienergebnisse zur Lebenssituation und Einstellung von Jugendlichen sowie jugendpolitische Aktivitäten dar. Generell wird festgehalten, dass es eine

Ausweitung der Jugendphase gibt. Ausbildungen dauern heute viel länger, die Jungen beginnen später zu arbeiten und wohnen auch länger bei den Eltern. Kritisch ist anzumerken, dass in dem Bericht bestimmte Gruppen wie etwa Kinder mit Behinderungen, Jugendliche in Haft oder unbegleitete minderjährige Flüchtlinge gänzlich ausgeblendet sind. Der dritte Teil des Berichts läuft zwar unter dem Titel "Jugendstrategie", allerdings umfasst er viele Punkte aus der Vergangenheit, manche Aspekte, die in naher Zukunft umgesetzt werden sollen und andere, die nur angerissen werden. Es fehlen grundsätzliche jugendpolitische Ziele und daraus abgeleitet politische Handlungsaufträge an das Jugendministerium, kritisierte die SPÖ.

Rechnungshofbericht zu EU-Finzen [\(1506 d.B.\)](#)

Der EU-Finanzbericht 2014 listet als Nettosaldo 1,297 Milliarden Euro auf. Den Zahlungen Österreichs an die EU von 2,870 Milliarden Euro standen Rückflüsse von 1,573 Milliarden Euro gegenüber. Die Position Österreichs als Nettozahler in absoluten Zahlen ist freilich deutlich günstiger als jene der vergleichbaren Mitgliedstaaten Niederlande (6,359 Milliarden Euro netto) und Schweden (2,602 Milliarden Euro netto). Hinter Österreich liegen als Nettozahler nur die vergleichsweise einwohnerschwachen Mitgliedstaaten Dänemark und Finnland.

Einkommensbericht 2016 [\(1507 d.B.\)](#)

Alle zwei Jahre gibt es den von Rechnungshof und Statistik Austria erstellten Einkommensbericht. Insgesamt gab es im Jahr 2015 laut Lohnsteuerdaten 4.226.500 unselbständig Erwerbstätige (ohne Lehrlinge), eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr von 1,51 Prozent. Die bereits in den letzten Berichten dargestellten Entwicklungen der Einkommen – die Gehaltsschere zwischen Gut- und Schlechtverdienern ist weiter gewachsen, großer Unterschied bei den Einkommen von Männern und Frauen – setzen sich weiter fort. Ein Teil der Einkommensdifferenz zwischen den Geschlechtern lässt sich auf die höhere Teilzeitarbeitsquote der Frauen zurückführen – aber auch beim Vergleich der Vollzeitarbeitsplätze liegen die Frauen nur bei 83 Prozent der Männeereinkommen. Der Bericht bestätigt jedenfalls die Forderungen und Maßnahmen, die im Plan A von Bundeskanzler Christian Kern enthalten sind und die auch im neuen Regierungsprogramm verankert werden konnten: Mindestlohn von 1.500 €, verpflichtende Frauenquoten in der Privatwirtschaft, Ausbau der ganztägigen Kindergartenplätze, mehr Ganztagschulen sowie die Forderung nach einem Lohntransparenzgesetz.

Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes [\(1508 d.B.\)](#)

Der Tätigkeitsbericht des Rechnungshofes zeigt auf, dass die Empfehlungen der Prüfer 2015 zu fast 41 Prozent umgesetzt wurden; knapp 22 Prozent – etwas weniger als im Jahr davor – bleiben offen, beim Rest wurde eine Umsetzung zugesagt. Insgesamt legte der Rechnungshof dem Nationalrat 23 Berichte vor. Außerdem wurden 22 Follow-Up-Überprüfungen, 17 Querschnittsprüfungen und drei Sonderprüfungen durchgeführt.

Rechnungshofberichte zur Diplomatische Akademie u.a. [\(1509 d.B., 1509 d.B., 1511 d.B.\)](#)

In drei Berichten hat der Rechnungshof die IT-Betriebssicherheit im AMS, die Diplomatische Akademie Wien und den HIV-Unterstützungsfonds in einer Follow-Up-Überprüfung untersucht.

NR-Sitzung vom 2. März 2017

Sozialbericht: Hohe Vermögenskonzentration in Österreich, weniger Armutsgefährdete [\(1483 d.B.\)](#)

Ein differenziertes Bild zeichnet der Sozialbericht für das Jahr 2015. So sind die Pro-Kopf-Einkommen höher als je zuvor und die Armutsgefährdung ist seit Ausbruch der Wirtschaftskrise 2008 gesunken. Andererseits sind Einkommen und Vermögen weiterhin extrem ungleich verteilt. Der Bericht kritisiert dazu auch die hohe Besteuerung von Arbeit und die vergleichsweise geringe Vermögensbesteuerung. Wenig erfreulich auch die weiterhin großen Einkommensunterschiede zwischen Frauen und Männern. Kritisch wird außerdem die Lage am Arbeitsmarkt gesehen, vor allem die Zahl der Langzeitarbeitslosen. Der Bericht bestätigt jedenfalls, wie notwendig und richtig die Forderungen der SPÖ sind, die jetzt auch im neuen Regierungsprogramm verankert wurden: 1.500 Euro Mindestlohn, Beschäftigungsaktion 20.000 für ältere Arbeitslose, Frauenquoten, mehr Einkommenstransparenz, zweites Gratis-Kindergartenjahr.

Sozialversicherungsänderungsgesetz ([1484 d.B.](#))

Eine Reihe rechtlicher Klarstellungen bringt Änderungen in verschiedenen Sozialgesetzen. Unter anderem gibt es künftig im Bereich der Arbeitslosenversicherung genau definierte Verjährungsregeln. Für "medizinisch-berufsorientierte Rehabilitation" wurde eine klare rechtliche Grundlage geschaffen; weiters wurden Mitteilungspflichten des AMS an bezugsberechtigte Personen ausgeweitet.

Post und Landarbeiter: Änderungen für Betriebsräte ([1496 d.B.](#))

Die Ausdehnung der Funktionsdauer für Betriebsräte von vier auf fünf Jahre wurde nun auch für die Personalvertretung der Post und Telekom Austria und BelegschaftsvertreterInnen in land- und forstwirtschaftlichen Betrieben beschlossen. Für die Betriebsräte aller anderen Branchen gilt diese längere Funktionsdauer schon.

Arbeitsverfassungsgesetz: Einstellungshemmnisse für Ältere abgebaut ([1497 d.B.](#)) – s. Top-Themen

Änderungen beim Betrieblichen Mitarbeiter- und Selbständigenvorsorgegesetz und beim Landarbeitsgesetz ([1498 d.B.](#))

Die Gesetzesnovelle bringt rechtliche und redaktionelle Anpassungen, die sich aus Änderungen beim Kindergeld ergeben.

Rede vom 01. März zum außen- und europapolitischen Bericht



Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Herr Außenminister! Hohes Haus! Der Außen- und Europapolitische Bericht, den wir heute hier diskutieren, bietet wieder einen kompakten und guten Überblick über die außenpolitischen und europapolitischen Geschehnisse. Der Bericht beschreibt auch

Österreichs Anspruch, sich stärker in die gesamteuropäische Sicherheitspolitik einbringen zu wollen, vor allem als traditioneller Vermittler und als Förderer des Dialogs, als Unterstützer eines strategischen Sicherheitsdialogs zur konventionellen Rüstungskontrolle und als Vorreiter für multilaterale Initiativen zur nuklearen Abrüstung.

Seit Jänner dieses Jahres hat Österreich auch den OSZE-Vorsitz inne und damit die Möglichkeit, wichtige Impulse in vielen dieser Bereiche zu setzen. Und, sehr geehrte Damen und Herren, das ist wichtiger denn je, denn viele NATO-Länder, viele NATO-Staaten sowie auch Russland bewegen sich noch immer auf eine gefährliche Spirale aus Misstrauen, militärischer Abschreckung und Aufrüstung zu.

Letzten Herbst war ich als Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE als Rednerin bei der Versammlung der NATO in Istanbul eingeladen. Und mit meinen Aufrufen zur Friedenspolitik, zum Dialog und zur Abrüstung war ich dort wohl eher allein. Das Thema, das alle am meisten beschäftigte, war die Finanzierung der militärischen Aufrüstung im NATO-Lager.

Aber auch die nukleare Abrüstung ist ein heikles Thema; es wurde auch vom Kollegen Cap schon angesprochen. Dazu haben die beiden Präsidenten Trump und Putin in den letzten Monaten erklärt, aufrüsten zu wollen. Und Präsident Trump hat das im Dezember mit den Worten unterstrichen, das sei nötig, bis die Welt in Sachen Atomwaffen zur Vernunft komme. – Meine Damen und Herren, in meinen Ohren klingt das eher nach einer Drohung.

Im März dieses Jahres beginnen in der UNO die Verhandlungen für ein Verbot von Atomwaffen. 113 Staaten haben diesen von Österreich mitinitiierten Verhandlungen zugestimmt. Das wäre also eine gute Möglichkeit, Vernunft zu zeigen.

In einer Zeit, in der die Ideen nationaler Egoisten, militärischer Aufrüstung und nuklearer Abschreckung wieder ernsthaft diskutiert werden, ist es wichtig, dass wir uns umso mehr und umso lauter für die Alternativen einsetzen – für ein starkes Völkerrecht, für Dialog, für Sicherheit durch friedliche Kooperation –; und zwar nicht nur die Bundesregierung und der Außenminister, sondern es ist auch wichtig, dass wir, die Parlamentarier, dass das Parlament sich außenpolitisch engagiert, sei es durch außenpolitische Anträge, sei es durch unsere Kontakte zu Botschaften, zu den Parlamenten, zu den Abgeordneten anderer Länder und durch unser Engagement in internationalen parlamentarischen Organisationen und Netzwerken.

Wir können durch parlamentarische Diplomatie für breite Kontakte zwischen den Ländern sorgen und vertrauensbildend wirken, was meist mit viel Umsicht und auch ohne Medien stattfindet – nur dann kann man nämlich wirklich vertrauensbildend agieren.

Wir können oder wir müssen und sollten bestehende Partnerschaften pflegen, und wir müssen auch neue Kooperationen eingehen und stärken. Wir können uns für unsere Werte und Ideen einsetzen, für sie werben und versuchen, andere zu überzeugen. Dieses Parlament kann und soll also einen wichtigen Beitrag für Frieden und für Sicherheit leisten.

Aktiv sollten wir auch werden, was die besorgniserregende Zunahme von Angriffen auf medizinische Einrichtungen und humanitäre Organisationen in Konfliktregionen betrifft. Zu diesem Thema möchte ich daher einen [Entschließungsantrag](#) der Abgeordneten Cap, Muttonen, Lopatka, Pfurtscheller, Windbüchler-Souschill, Kolleginnen und Kollegen einbringen:

Laut der Präsidentin von Ärzte ohne Grenzen wird die Nichtbeachtung medizinischer Unparteilichkeit gerade zum neuen völkerrechtswidrigen Standard in der Kriegsführung. Allein 2015 wurden 106 Luft- und Artillerieangriffe auf 75 Krankenhäuser, die Ärzte ohne Grenzen geführt hat, dokumentiert. Die WHO, also die Weltgesundheitsorganisation, berichtet von fast 600 gemeldeten Angriffen in den Jahren 2014 und

2015, und auch das Internationale Rote Kreuz dokumentiert 2 400 Angriffe in den Jahren 2012 bis 2014.

Die unterfertigten Abgeordneten fordern daher in diesem Entschließungsantrag oberste Priorität für die Sicherheit von medizinischen Einrichtungen und humanitären Organisationen. Daher ersuchen wir Sie, Herr Außenminister, sich auf europäischer und internationaler Ebene und auch als amtierender Vorsitzender der OSZE für einen besseren Schutz lokaler und internationaler Helfer einzusetzen.

In diesem Sinne ersuche ich Sie, diesen Antrag zu unterstützen. – Danke schön. *(Beifall bei der SPÖ sowie der Abgeordneten Berlakovich und Durchschlag.)*

Rede vom 01. März 2017 zum Partnerschaftsabkommen zwischen der EU und Kasachstan



Abgeordnete Mag. Christine Muttonen (SPÖ): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Außenminister! Kasachstan hat sich in den letzten Jahren zu einem verantwortungsvollen und konstruktiven Partner in Zentralasien, in der OSZE und auf der internationalen Ebene entwickelt. Kasachstan teilt auch unser In-

teresse an einer kooperativen Sicherheitspolitik und engagiert sich für Frieden und Stabilität. So hat sich das Land zum Beispiel bereits 2014 sehr für eine Krisenvermittlung in der Ukraine eingesetzt, so hat es zwischen der Türkei und Russland vermittelt und war vor Kurzem Ort für die Syrien-Gespräche.

Ganz besonders bei der nuklearen Abrüstung sind Kasachstan und Österreich seit Jahren enge Partner, wenn es darum geht, internationale Initiativen auf den Weg zu bringen. Eine engere Partnerschaft ist daher für beide Seiten positiv – das wurde auch gestern während des Festakts zu 25 Jahren diplomatischen Beziehungen zwischen Österreich und Kasachstan betont.

Auch für die EU ist eine engere Partnerschaft wichtig, denn Astana kann als wichtiger Brückenbauer zwischen Moskau auf der einen Seite und Peking auf der anderen Seite wirken.

Mit Blick auf die weitere Entwicklung von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Good Governance ist das Partnerschaftsabkommen ebenfalls zu begrüßen.

Bei Besuchen im Rahmen der OSZE war stets mein Eindruck, dass es ein ehrliches Interesse bei den Kasachen gibt, voranzukommen und bestehende Defizite zu beheben. Das haben auch die kasachischen Abgeordneten noch einmal bekräftigt, die in der vorigen Woche auf der Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE hier in Wien waren. Im Augenblick sind jedenfalls umfassende Verfassungsreformen geplant, die das Parlament stärken und die Macht des Präsidenten beschränken sollen. Angesichts des irgendwann absehbaren Sich-Zurückziehens von Präsident Nasarbajew ist es auch wichtig, dass die demokratischen Institutionen bis dahin stark genug sind, um Frieden und Stabilität sichern zu können.

Auch mit Blick auf den wirtschaftlichen Teil des Abkommens ist festzuhalten, dass Kasachstan ja nicht nur wegen der Rohstoffe interessant ist. Ein wesentlicher wirtschaftlicher Faktor liegt dabei auf den erneuerbaren Energien. In diesem Bereich wird es sicherlich auch für Österreich, für österreichische Unternehmen interessante neue Kooperationsmöglichkeiten geben. Das wird man ganz bestimmt auf der Expo, die dieses Jahr in Astana stattfindet, ausloten können, an der Österreich auch teilnimmt.

Das Abkommen ist daher für Österreich, für die EU und für Kasachstan sinnvoll, und wir sollten diesem Abkommen zustimmen. – Danke schön.

Pressemeldungen und Veranstaltungen

[Nationalrat -.Muttonen: Kasachstan-Abkommen schafft Vorteile für Wirtschaft und internationale Sicherheit \(01.03.2017\)](#)

[Muttonen: Außen- und europapolitischer Bericht zeigt Anspruch Österreichs, sich mehr in europäische Sicherheitspolitik einzubringen \(01.03.2017\)](#)

[Muttonen: Gemeinsamer Kampf gegen Terrorismus durch Zusammenarbeit in der OSZE \(23.02.2017\)](#)

[SPÖ-Muttonen auf OSZE-PV-Wintertagung: „Wir werden unseren Beitrag für Frieden und gegen Terrorismus leisten“ \(23.02.2017\)](#)

[Muttonen leitet Winter-Meeting der parlamentarischen Versammlung der OSZE in Wien \(20.02.2017\)](#)

Wintertagung der Parlamentarischen Versammlung der OSZE



Am 23. und 24. Februar ist die von mir geleitete Parlamentarische Versammlung in der Wiener Hofburg zu ihrer 16. Wintertagung zusammengekommen. Nach einleitenden [Reden](#) von Nationalratspräsidentin Doris Bures, der Sonderbeauftragten für Genderfragen in der Sicherheitspolitik Hedy Fry und

von mir, hat die Versammlung in ihren drei Ausschüssen über die folgenden Fragen diskutiert:

- Wie können wir angesichts eines zunehmenden Populismus die Menschenrechte besser schützen?
- Wie können wir unsere natürlichen Ressourcen so bewirtschaften, dass die Versorgung der Menschen mit sauberem Wasser überall im OSZE-Gebiet gesichert ist und wir außerdem unser Klima schützen?
- Und drittens: Wie können wir unseren gemeinsamen Kampf gegen den Terrorismus weiter verbessern?



Treffen mit der US-Delegation

Ein weiteres Thema war der Schutz unserer Menschenrechte in Krisenzeiten, also in Zeiten, wo angesichts von Flüchtlingsbewegungen, bewaffneten Konflikten und Terroranschlägen viele Regierungen daran arbeiten, Freiheitsrechte einzuschränken.

Zum Abschluss der Tagung haben auch noch OSZE-Generalsekretär Lamberto Zannier und der österreichische Außenminister und derzeitige OSZE-Vorsitzende Sebastian Kurz zu den ParlamentarierInnen gesprochen.

Ich habe die Tagung ausgiebig nutzen können, um mit BotschafterInnen und ParlamentarierInnen aus vielen der 57 Mitgliedstaaten Gespräche zu führen.

Umfassende Dokumente und Berichte von der Wintertagung der OSZE-PV sowie Videos und Fotos können unter dem folgenden [Link](#) eingesehen werden.



Treffen mit Angehörigen der russischen Delegation

Treffen der sozialdemokratischen Gruppe in der OSZE-PV



OSZE auftreten zu können.

Am Tag vor Beginn der Wintertagung haben sich die sozialdemokratischen OSZE-Delegierten in den Räumen des SPÖ-Klubs getroffen. Bei dem Treffen ging es vor allem darum, dem bislang losen Verbund eine Satzung zu geben, um in Zukunft stärker als sozialdemokratische Gruppe in der

Podiumsdiskussion: Herausforderungen der OSZE und die Rolle der Parlamentarischen Versammlung



Am 22. Februar war ich vom Renner Institut eingeladen, die Eröffnungsrede für eine interessante Podiumsrunde zu halten, die das Institut anlässlich der Wintertagung der OSZE-PV in den Räumen des Parlaments organisiert hat.

Es ging um die Frage, vor welchen Herausforderungen die OSZE unter dem österreichischen Vorsitz 2017 steht und welche Rolle die Parlamentarische Versammlung dabei spielen kann, diese Herausforderungen zu meistern. Neben dem ständigen Vertreter Österreichs bei der OSZE saßen meine deutsche Kollegin in der OSZE-PV Doris Barnett und der Wissenschaftler Vedran Dzihic vom Österreichischen Institut für Internationale Politik auf dem Podium. Alle waren sich einig, dass Österreich über die diplomatischen Möglichkeiten verfügt, beruhigend auf die bestehenden Konflikte im OSZE-Raum einzuwirken, Brücken zwischen den verschiedenen Konfliktparteien aufzubauen und neue Gesprächsinitiativen zu starten.

Die Parlamentarische Versammlung, die offener und lebendiger kritische Themen diskutieren kann, als die OSZE- BotschafterInnen und MinisterInnen und die gute und enge Kontakte zur Zivilgesellschaft und den nationalen Parlamenten pflegt, werde dazu eine wichtige Unterstützung bieten können. Der Umstand, dass aktuell sowohl der Ministerrat als auch die PV von ÖsterreicherInnen geführt werde, solle daher genutzt werden, um die Kooperation zwischen den beiden Institutionen zu verbessern und auszubauen.

Im Gespräch mit den Schülern des Gymnasiums St. Martin



Einen interessanten Austausch hatte ich am 7. Februar im Gymnasium St. Martin. Nachdem ich den Schülerinnen und Schülern der 7. und 8. Klasse von meinen Aufgaben als Präsidentin der Parlamentarischen Versammlung der OSZE und Sonderbeauftragten für Zentral- und Ostasien berichtet hatte, wurde ich mit vielen guten

Fragen gelöchert, die ich hoffentlich zufriedenstellend beantworten konnte. Mir hat der Besuch jedenfalls viel Freude bereitet.

Was machen die Chinesen im Mölltal?



Musik machen sie! Und zwar richtig gute! Auf Einladung der Initiative ProMÖLLTAL war in der vergangenen Woche der chinesische Nationalchor im Mölltal. Gemeinsam mit den Talltones und großen wie kleinen Mölltaler SängerInnen wurde unter anderem das Kärntnerlied „In da Mölltal-

Leitn“ vorgetragen. Ich war gemeinsam mit dem chinesischen Botschafter Li Xiaosi bei der Vorführung. Neben dem kulturellen Austausch standen natürlich auch politische und wirtschaftliche Gespräche an. Da sich die Volksrepublik zum Ziel gemacht hat, zu den alteingesessenen Skifahrernationen aufzuschließen, bieten sich den Mölltalern nicht nur musikalisch sondern auch sportlich bzw. wirtschaftlich gute Möglichkeiten der Kooperation mit China.

25 Jahre diplomatische Beziehungen zwischen Österreich und Kasachstan

Am 19. Februar 1992 war Kasachstan das erste Land in Zentralasien, mit dem Österreich diplomatische Beziehungen aufgenommen hat. Seither haben sich diese Beziehungen ausgesprochen gut entwickelt. Die kasachische Botschaft und das Außenministerium hatten daher allen Grund diese Woche zu einer Festveranstaltung in die Diplomatische Akademie einzuladen.

Ich habe in den vergangenen Jahren durch meine Arbeit in der OSZE und im Bereich der nuklearen Abrüstung sehr eng, freundschaftlich und produktiv mit vielen kasachischen Partnern zusammenarbeiten können. Dabei ist es mir auch gelungen das wirtschaftliche und kulturelle Interesse der Kasachen an Kärnten zu entfachen. Erst im August war eine kasachische Delegation in Kärnten. Bei dem Besuch wurde eine Zusammenarbeit zwischen Kärnten und der Region Südkasachstan angestoßen, um intensivere Beziehungen in den Bereichen Tourismus, Wirtschaft, Kultur, Umwelt und erneuerbare Energien voranzutreiben.

Impressum:

Verantwortlich für den Inhalt dieses Newsletters:
Büro Abg.z.NR Christine MUTTONEN
Parlament, Dr.-Karl-Renner-Ring 3
1017 Wien

**P
A
R
L
A
M
E
N
T
S
M
A
I
L**